

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Kurtzschmann Dresden
Verlagsnummer: 10041
Für die Redaktion: Nr. 10011
Schriftleitung u. Druckverhältnisse:
Dresden-K. L. Marienstraße 24/25

Bezugspreis vom 16. bis 20. April 1929 bei täglich postmöglicher Zustellung pro Jahr 1,70 RM.
Bezugspreis für Monat April 1,40 RM, einzeln 10 Pf. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).
Eingelassene: Die Anzeigen werden nach
Satzung berechnet: die einseitige 20 mm breite Zeile 35 Pf., für anderwärts 40 Pf. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., anderwärts 20 Pf., bis 90 mm breite Reklamezeile
200 Pf., anderwärts 250 Pf. Offertengeld 30 Pf. Kautionspflicht gegen Rückzahlung

Dred u. Verlag: Herich & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1008 Dresden
Kassendruck mit dem Carl-Ludwig-Verlag
(Dresden, Markt) möglich. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Gleiche Streitkräfte für sämtliche Staaten

Maßgebend, was die Verteidigung erfordert

Aufruhr in Tschöe

Der türkische Abrüstungsvorschlag

Genf, 16. April. Der türkische Außenminister Tewfik Ruzschid Bey hat dem Präsidenten der Vorbereitenden Abrüstungskommission die türkischen Abrüstungsvorschläge überreicht, deren Inhalt kurz folgenbermaßen zusammengefaßt werden kann: Die Hauptursachen der ständigen Angriffsfähigkeit liegen in der bestehenden Ungleichheit zwischen den militärischen Streitkräften der einzelnen Staaten. Die türkische Regierung schlägt daher ein System vor, nach dem eine

Gleichheit zwischen den Streitkräften sämtlicher Staaten geschaffen werden soll. Die militärischen Streitkräfte, die ein großes Land für die legitime Verteidigung gegen einen plötzlichen Angriff benötigt, sollen als Maßstab für die Vereinheitlichung aller militärischen Streitkräfte genommen werden. Die Staaten, die größere Streitkräfte besitzen, sollen veranlaßt werden,

bis zu der Grenze des einmal festgelegten Maßstabes abzurufen.

Die Staaten, die geringere Streitkräfte besitzen, sollen jedoch nicht die Möglichkeit erhalten, bis zu dieser Grenze aufzurufen. Es wird somit nach den türkischen Vorschlägen eine einheitliche Höchststufe an militärischen Streitkräften unerlässlich für sämtliche Staaten geschaffen, ohne daß hierbei die Größe, die strategischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Verhältnisse der einzelnen Staaten berücksichtigt werden.

Der vom türkischen Außenminister Tewfik Ruzschid Bey überreichte Abrüstungsvorschlag ist in einigen Delegationskreisen mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Der Vorschlag unterliegt zurzeit der Prüfung durch die einzelnen Delegationen. An dem türkischen Vorschlag überrascht die außerordentliche Einfachheit, mit der eine wesentliche Verabstimmung des Rüstungsstandes aller Staaten vorgeschlagen wird. Die türkischen Vorschläge sind auf den Grundgedanken der völligen Gleichheit aller Staaten aufgebaut und weisen zur Begründung auf den allgemein anerkannten

Grundgedanken der politischen Gleichwertigkeit aller Nationen hin. Der türkische Vorschlag würde zur Folge haben, daß zum Beispiel Frankreich und Italien den gleichen Rüstungsstand haben würden. Da dieser Gedanke bisher von französischer Seite schroff abgelehnt worden ist, sieht man in Delegationenkreisen den kommenden Stellungnahmen der Großmächte zu dem türkischen Vorschlag mit großem Interesse entgegen. Auf deutscher Seite kann jedenfalls der türkische Vorschlag aufs wärmste begrüßt werden. Da seine Verwirklichung eine erste Etappe auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung der Staaten hinderten würde.

Genf, 16. April. In der heutigen Sitzung des Abrüstungsausschusses ergriff der russische Volkskommissar Litwinow das Wort zu einer eingehenden Kritik der bisherigen Arbeit des Vorbereitungsausschusses.

Er erklärte, das sowjetrussische Rüstungsprojekt enthalte ganz klare Grundzüge, die schon jetzt das Ausmaß der Abrüstung ergeben, während der aus der ersten Lesung stammende Abrüstungsentwurf des Vorbereitungsausschusses nur die Möglichkeit zur Erörterung technischer Fragen biete, aber keine Aussicht in Bezug auf die Lösung der Grundfrage der Abrüstung, nämlich der Feststellung des Abrüstungsmaßes biete. Seit einer Reihe von Tagungen sei der aus der ersten

Lesung stammende Abrüstungsentwurf in seinem Embryonalzustand geblieben.

Wolle man den Weg besonderer diplomatischer Verhandlungen weitergehen, wie er auf Vorschlag des Ausschusses von England und Frankreich im letzten Jahre beschritten worden sei, so werde man die Tagungen des Vorbereitungsausschusses schließlich nicht mehr nach Dutzenden, sondern nach Hunderten zählen können, da derartige Zwischenslösungen immer nur für die direkt Beteiligten gelten, und eine Menge anderer nicht weniger wichtiger Streitfragen und Meinungsverschiedenheiten bestehen, die ebenso wenig auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen gelöst werden können. Der schlimmste Fehler der bisherigen Arbeitsmethoden bestehe darin, daß man statt der Aufstellung eines allgemeingültigen und vernünftigen Abrüstungscoeffizienten für alle Länder für jedes einzelne Land von Fall zu Fall und unter Berücksichtigung seiner besonderen Bedürfnisse die Abrüstungsmaßstäbe festsetzen wolle. Der sowjetrussische Vorschlag zur

proportionalen Verabstimmung aller Streitkräfte biete dagegen die Möglichkeit zur Überwindung der bisherigen Schwierigkeiten in allen noch umstrittenen Fragen. Ferner kritisierte Litwinow die Formel „Beschränkung und Verabstimmung der Rüstungen“, womit keineswegs gesagt sei, daß die Festlegung der Rüstungen zu ihrer tatsächlichen Verabstimmung führen würde, sondern sogar die Möglichkeit ihrer Vermehrung bedeuten könne. Unter diesen Umständen verheißt er sehr wohl die Gegenseitigkeit gegen das sowjetrussische Projekt, das die sofortige Diskussion über die Festlegung eines allgemeinen Abrüstungscoeffizienten und damit die

tatsächliche Vorbereitung einer beträchtlichen Abrüstung in naher Zukunft

vorsehe. Nach dem Ergebnis des Abwärtens des Endes der an diplomatischen Verhandlungen besonders interessierten Staaten könne die russische Delegation das einzige Hindernis für den Fortgang der Arbeiten nur darin sehen, daß der gute Wille der Regierungen zur Verwirklichung der Abrüstung fehle,

und solange dieser Wille fehle, seien die Arbeiten des Vorbereitungsausschusses für Unfruchtbarkeit verurteilt. Litwinow nahm schließlich scharf Stellung gegen die Argumente, mit denen, wie er sagte,

in heuchlerischer Weise die sogenannten nationalen Interessen zur Verhinderung der Abrüstung in den Vordergrund gestellt werden, und verlangte eine entschlossene Aenderung der bisherigen Arbeiten des Ausschusses.

Von einer der englischen Abordnungen auf der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz nachstehenden Seite wird mitgeteilt, daß die englischen Marinefachverständigen in privaten Verhandlungen mit der amerikanischen Abordnung eine Ueberbrückung der seit der Drei-Mächte-Konferenz 1927 bestehenden Gegensätze in der Kreuzerfrage suchen werden. Gegebenenfalls sollen die Verhandlungen auf diplomatischem Wege zwischen New York und London unmittelbar fortgesetzt werden. Ferner wird mitgeteilt, daß Gusevdenhau in den weiteren Verhandlungen der Abrüstungskommission vermutlich auch mit Rücksicht auf die kommenden englischen Parliamentswahlen für einen praktischen Fortschritt in den Abrüstungsarbeiten einreten werde.

Das Hungergespent in Sowjetrußland

Sahlreiche Todesfälle im deutschen Siedlungsgebiet

Berlin, 16. April. Im fernöstlichen Küstengebiet der Sowjetunion befindet sich die Getreideverorgung in einem kritischen Stadium. Die bei der Holzabfuhr beschäftigten Arbeiter verlassen daher die Wälder vorzeitig. Infolgedessen kann der Vorrat an Holz für die Holzverarbeitungsanlagen nicht durchgeführt werden, wodurch große Exportverluste und Schwierigkeiten bei der Belieferung des Inlandmarktes entstehen werden. Erwiebsenmaßnahmen gehen fast täglich geheime Transporte von bäuerlichem Getreide an private Händler. Alle Versuche der Behörden, dies zu verhindern, sind gescheitert. In der Gegend von Nikolajewsk wurden drei Beamte der GPU bei der Entdeckung eines solchen Transportes getötet. Obgleich die Brotkarte in diesem Gebiet bereits seit über einem Monat eingeführt worden ist, sind die ankommenden Menschenmengen vor den Väden noch immer nicht vermindert. Da der Kreis der wertvollen Bevölkerung, die Anspruch auf Brotkarten besitzen, sehr eng gezogen wurde, wies sich vielfach erregte Saenen vor den Behörden ab.

Die Brotrationen muhten schon im ersten Monat der Nationalisierung herabgesetzt werden, und zwar bei Arbeitern von den ursprünglich vorgesehenen 800 Gramm auf 600 Gramm, bei Angehörigen von 500 auf 400, und bei den Familienangehörigen von 400 auf 200 Gramm täglich. Nicht wird überhaupt nicht mehr ausgegeben. Da hartnäckige Gerüchte über eine weitere Verringerung der Brotrationen im Umlauf sind so hat sich der Arbeiterkampf große Aufregung bemächtigt. Vielfach ist es bereits zur Plünderung von Brotwagen gekommen. Der Druck der Behörden auf die Bauern

zur Steigerung der Getreideabfuhr erfährt in Sibrien immer neue Verschärfung, wobei sehr oft zu ungesetzlichen Mitteln gegriffen wird. In einem Orte wurden Bauern, die Getreide gehandelt haben sollten, gezwungen, mit einer schwarzen Fahne, die die Inskript trug „Wir sind Freunde Englands“, durch das ganze Dorf zu marschieren. In dem gleichen Dorfe wurde

die Kirche als Repressalie gegen die Bauern geschlossen, worauf es zu einer Frauenversammlung kam, die bei eifriger Rüste mit einer Feuerspritze auseinandergetrieben wurde. Mit Wissen der unteren Partei, und Regierungorgane werden vielfach sogar Bänden organisiert, die bei den Bauern unter Gewaltanwendung Getreide rauben. Da diese Druckmittel jedoch nur wenig geholfen haben, ist man jetzt dazu übergegangen, den

Steuerdruck zu verschärfen. Diejenigen Bauern, die Getreidevorräte besitzen sollen, werden mit dem russischen Steuerbetrag belegt. Die Stimmung der Bauern ist infolge dieser Maßnahme eine verzweifelte. Zahlreiche Bauern sind bereits nach der Mongolei abgewandert. An eine Erweiterung der bäuerlichen Getreideabfuhr ist unter diesen Umständen natürlich nicht zu denken, um so weniger, als das von der Regierung gelieferte Saatgut viel zu teuer ist. In der Ukraine ist die Lage ebenfalls kritisch. Große Teile der Bevölkerung hungern. In den deutschen Kolonien sind zahlreiche Todesfälle wegen Unterernährung zu verzeichnen.

Auf der Anklagebank in Tschöe sitzen 57 holsteinische Bauern. Sie sind angeklagt der Vergehen des Aufruhrs, der Zusammenrottung, des tätlichen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, des Pfandbruchs und der Bedrohung von Staatsbeamten. Auf insgesamt 350 Monate Gefängnis lautet der Antrag des Staatsanwalts. Man traut seinen Ohren nicht, wenn man diese Anklage hört. Denn gerade der holsteinische Bauer, der auf stätlichen, durch die Jahrhunderte vererbten Höfen wie ein König thront, gilt als besonders friedlich, gemessen, bedacht und zurückhaltend. Er kann nicht durch eine von außen an ihn herangebrachte Agitation leicht entflammt und dann in blinder Leidenschaft zu unüberlegten Taten hingerissen werden. Es muß schon tiefe Ursachen haben, wenn dieser ernste und mit seiner Scholle so eng verwachsene holsteinische Menschenschlag sich zu Taten hinreißen läßt, die gleich ein halbes hundert Landwirte, die alle im engsten Umkreis beieinander wohnen, auf die Anklagebank wegen Landfriedensbruchs bringt. Was war geschehen? Diese friedlichen Bauern, die früher alle als wohlhabend, ja reich galten, geraten in wirtschaftliche Verhältnisse, aus denen sie keinen Ausweg sehen: Steigende Hypotheken, Steuerkulturen, Gemeindegeldern, — und Mißernten, Unwetterchäden und trotz dem neue Steuern, wachsende Bindlasten, Schulden, die von Jahr zu Jahr wachsen. Sie finden keinen Ausweg mehr aus diesem Elend. Aus harter Arbeit erwachsen Steuern, aber kein Gewinn, und die Steuern müssen Jahr für Jahr aus neuen Schulden gedeckt werden. Die einzelnen Bauern können sich bereits ausrechnen, in wieviel Jahren sie die erste Scholle, die seit vielen hundert Jahren im Besitze der Familie ist, als Bettler, als landlose Proletarier verlassen müssen. Das harte Rechtsbewußtsein dieser stolzen, harten Freibauern, deren Vorfahren selbst im Mittelalter keine Obrigkeit gekannt haben, kann dieses Schicksal nicht lassen. Sie verlieren die klare Ueberlegung, und — aus Recht wird Unrecht. Am 19. November 1928 holen die Volksgesamten für nichtbezahlte Steuern einige Döfen aus den Ställen zweier Bauern. Da bricht sich die jahrelang aufgespeicherte Empörung gewaltig Bahn. Mit Forken und Knütteln gehen die Angeklagten den Volksgesamten nach und nehmen ihnen auf dem Weidensteher Riech bei Tschöe das gepfändete Vieh wieder ab. Die Forken sind dabei in der Luft geschwungen worden, aber gegen die Beamten ging man nicht tätlich vor. Es ist nicht zum Zuschlagen gekommen. „Die Beamten wollten ich nicht bangemachen“, erklärt einer der Forkenschwinger, „sie können doch nichts dafür. Ich hätte sie niemals geschlagen.“ Aber nun sollen die Angeklagten ihre gewiß unbedachte Tat mit Gefängnis büßen.

Zwei Fragen sind für diese Landwirte charakteristisch, die sie 57 mal gleichlautend beantworten. „Sind Sie schon einmal vorbestraft?“ fragt der Vorsitzende. „Nein.“ „Weshalb sind Sie wirtschaftlich schlecht?“ ist die weitere Frage, und wiederum erbt 57 mal ein: „Ja.“ Diese wirtschaftliche Notlage wird durch manche Aussage im schütternden Weise illustriert. Da ist ein Angeklagter, der zwar Schulden hat, aber immer noch als wohlhabend gilt. Sein Gut wird auf hunderttausend Mark geschätzt. Nach der Inflation hatte er eine ausgewerkte Hypothekenschuld von 25 000 Mark. Heute jedoch betragen seine Schulden bereits 58 000 Mark. Dieser Mann hat in jedem der letzten Jahre 10 000 Mark Schulden ausrechnen müssen. Und dabei gilt er als einer der tüchtigsten Landwirte im weiten Umkreis. Er lebt äußerst sparsam, gestattet sich nicht den geringsten Luxus. Und trotzdem geht es mit ihm, allen Anstrengungen zum Trotz, unaufhaltsam bergab. Dieser Mann hat vor dem Krieg, als sein Vermögen blühend und ertragreich war, 782 Mark Steuern gezahlt, und heute, wo der Lohn seiner Arbeit ein jährliches Defizit von 10 000 Mark ist, soll er mehr als 5000 Mark Steuern bezahlen. Er hat sie pünktlich bezahlt. Ein anderer Landwirt erzählt vor Gericht: Er habe vor Gericht um Steuernachlaß gebeten, aber er sei ihm nicht bewilligt worden, weil sein Dorf noch nicht — wie es die Vorschrift fordert — zu 80 Prozent bewaldet sei. Die Obrigkeit soll von Gott sein“, erklärt der An-

Freitag-Abendausgabe!

Beginn unseres neuen Romans

Tanz um Susanne

von Werner Scheff